

ung.
land.
176,
175,
174,
173,
172,
171,
170,
169,
168,
167,
166,
165,
164,
163,
162,
161,
160,
159,
158,
157,
156,
155,
154,
153,
152,
151,
150,
149,
148,
147,
146,
145,
144,
143,
142,
141,
140,
139,
138,
137,
136,
135,
134,
133,
132,
131,
130,
129,
128,
127,
126,
125,
124,
123,
122,
121,
120,
119,
118,
117,
116,
115,
114,
113,
112,
111,
110,
109,
108,
107,
106,
105,
104,
103,
102,
101,
100,
99,
98,
97,
96,
95,
94,
93,
92,
91,
90,
89,
88,
87,
86,
85,
84,
83,
82,
81,
80,
79,
78,
77,
76,
75,
74,
73,
72,
71,
70,
69,
68,
67,
66,
65,
64,
63,
62,
61,
60,
59,
58,
57,
56,
55,
54,
53,
52,
51,
50,
49,
48,
47,
46,
45,
44,
43,
42,
41,
40,
39,
38,
37,
36,
35,
34,
33,
32,
31,
30,
29,
28,
27,
26,
25,
24,
23,
22,
21,
20,
19,
18,
17,
16,
15,
14,
13,
12,
11,
10,
9,
8,
7,
6,
5,
4,
3,
2,
1

Bezugsgebühr:
Anzeigenschein für Dresden bei täglich zweimaliger Austragsung durch einen Boten abends und morgens, an Sonn- und Feiertagen nur einmal zu 20 Pf. durch aufwärtige Zustellung am 9. u. 11. u. 20 Pf. bei einmaliger Zustellung durch die Post (10 Pf. Porto) im Ausland mit entsprechendem Zuschlag. Redigiert oder Korrigiert u. Original-Entwürfen nur mit deutlicher Unterschrift (Dresd. Nachr.) zulässig. Nachträgliche Donorationsdrücke bleiben unberücksichtigt; unbenutzte Exemplare werden nicht aufbewahrt.
Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Uhren und Goldwaren
anerkannt beste Bezugsquelle
Gustav Smy, Moritzstr. 10, Ecke König Johann-Strasse.
Hauptgeschäftsstelle: Moritzstr. 35/40.
S. 19. 11 und Nr. 2096.

Anzeigen-Carif.
Einnahme von Anzeigen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertagen nur Nachmittags 3 Uhr bis 11 Uhr. Die 1. Sorten-Anzeige zu 8 Pf. die 2. Sorten-Anzeige zu 6 Pf. die 3. Sorten-Anzeige zu 4 Pf. alle Eingänge stellen 20 Pf. an. In Nummern und Sonntags-Beilagen 1 halbe Grundgebühr zu 4 Pf. auf 10 Zeilen. 40 Pf. 2 halbe Zeile auf 10 Zeilen mit als Eingangs zu 20 Pf. Nachmittags-Anzeige nur gegen Voranbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet.
Fernsprechanrufung: Amt 1 Nr. 11 und Nr. 2096.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Hochzeits- und Fest-Geschenke
aparte Neuheiten alle Preislagen.
Schloss-Str. Friedrich Pachtmann Schloss-Str.

Gummi-alle Maschinenbedarfs-Artikel
Schluche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Rollen, Walzen, sowie
wie: Stoffbüchsen-Packungen, Schabblätter, Wasserläufer-Jugler, Maschinenöle
an gros liefern in bester Qualität billigst an detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wildruffer Strasse 17, Prager Strasse 47, Amalienstrasse 6.**
Nr. 276. Spiegel: Ausstand in Berlin. Zur Heilunterkunft, Schulneubau, Genfer Verband. Deutscher Mutmaßl. Witterung: Wild, regnerisch. **Donnerstag, 5. Oktober 1905.**

Der wirtschaftliche Machtkampf in Berlin.

Es war fast mit Sicherheit voraussehen, daß das Spiel mit dem Feuer des Massenstreiks, wie es auf dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie freventlich getrieben wurde, über kurz oder lang einen hellen Brand in der künstlich erregten und systematisch verhehten Arbeiterchaft entfachen würde. Schneller als man erwarten konnte, haben die Debatten in Jena eine grelle Illustration gefunden: der mit Streik und Ausperrungen eröffnete und jetzt auf der ganzen Linie heftig tobende Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in der Berliner Elektrizitäts-Industrie nimmt sich beinahe aus wie eine von sorgloser Regie veranstaltete Vorprobe zu dem Beschluß des letzten sozialdemokratischen Parteitages über die Injizierung politischer Massenstreiks. Das war es mit den Beschlüssen in Jena ernst meinte, bekräftigt der Aufruf, der vor einigen Tagen von Auer, Hebel, Eberhard, Ebert, Gerich, Wolfenbaur, Singer, Kengels — also von der offiziellen Führerschaft der deutschen Sozialdemokratie — in deren Parteiblättern veröffentlicht worden ist und in dem es folgendermaßen heißt: „Was dort (in Jena) beraten und beschlossen wurde, erfüllt uns nicht nur mit Genugtuung, jetzt handelt es sich auch darum, das Beratene und Beslossene in Taten umzusetzen. Es heißt für uns alle: Auf, an die Arbeit!“ Die Herren werden sich freuen, daß die Arbeiterchaft in der Berliner Elektrizitäts-Industrie sich so schnell „an die Arbeit“ gemacht hat, und befehligen sich denn auch sichtlich, die Bemühungen um eine vernünftige Einigung durch gefällige Heberlein zu hindern. Der Ton, den der „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter anschlagen, ist alles andere, als geeignet, das Verständigungsziel zu fördern. Man giebt an diesen Stellen unverantwortlicher Weise noch den Ton der revolutionären Fanatik anzuwenden und zu erproben, Erbitterung zu säen, Konflikte zu provozieren und den arden „Kladderadatsch“ vorzubereiten. Es muß jeden anständigen und vorurteilfreien Menschen aerobzu anstehen, wenn er die widerliche Art sieht, in der das sozialdemokratische Zentralorgan seine Schamloshheit gegen die Leiter der Elektrizitätswerke betreibt, die „gewöhnliche, herzlose Ausbeuter“ oder „Könige von Mammons Gnaden“ nennt und alle und jede Schuld an diesem wirtschaftlichen Machtkampfe dem „pronigen Unternehmertum“ in die Schuhe schiebt, obwohl es feststeht, daß die Verwaltungen der beteiligten Elektrizitätswerke in ihren Angelegenheiten an die Lohnforderungen der Arbeiter bereits bis an die äußerste Grenze gegangen und daher schlechterdings nicht in der Lage sind, noch weiteres Entgegenkommen zu beweisen, ohne ihre Autorität in nicht wieder gut zu machender Weise zu schädigen. Deshalb trägt in diesem Streik die Arbeiterchaft ungewissheit die Schuld daran, daß es bisher zu keiner gütlichen Einigung gekommen ist und voraussichtlich auch in nächster Zeit nicht kommen wird, falls nicht die ruhige Vernunft bei den ausländischen Arbeitern wieder Einkehr hält.

niffe erfordernden Arbeiten einzelner Kategorien von Arbeitern denselben in vier Wochen Lohnsätze von 150,50 M. einbrachten, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß es sich bei dem Vorgehen der Arbeiter gegen die in Frage kommenden Firmen doch nicht, wie der Öffentlichkeit fälschlich mitgeteilt wurde, um berechtigete Forderungen der Arbeiter zu einer in den Verhältnissen liegenden notwendigen Verbesserung ihrer „gedrückten“ wirtschaftlichen Lage handelt. Dazu kommt weiter, daß in den Großbetrieben der Berliner Elektrizitäts-Industrie bezüglich der Behandlung der Arbeiter, Achtung ihrer politischen Rechte, Berücksichtigung ihrer Wünsche in bezug auf Arbeitsauschüsse, Bezahlung von Überstunden usw., im Gegensatz zu den Arbeiterverhältnissen im niederrheinischen Kohlenbergbau, alles getan worden ist, um den berechtigten Wünschen der Arbeiter soweit als möglich zu entsprechen.

Demgegenüber wird man zugeben müssen, daß allein der sozialdemokratische Metallarbeiterverband durch seine jahrelang betriebene Wählerarbeit unter den Arbeitern der Elektrizitäts-Industrie den jetzigen schweren wirtschaftlichen Krieg in der frühesten Weise heraufbeschworen hat. Eine solche Feststellung des Tatbestandes vor der breitesten Öffentlichkeit erscheint um so notwendiger, als bei diesem Streik auch dem nichtbeteiligten Publikum vielerlei Unbequemlichkeiten und selbst wirtschaftliche Schädigungen erwachsen: Au 50 000 Arbeiter — und bald vielleicht die doppelte Anzahl — feiern und damit stehen die Räder der gewaltigen Berliner Elektrizitätswerke zu einem großen Teil still; empfindliche Störungen des Großstadtbetriebes müssen notwendigerweise eintreten, wenn nicht rechtzeitig Abhilfe geschaffen wird. Schon ist der Straßenbahnbetrieb in Berlin eingeschränkt worden und es steht zu befürchten, daß es bald schwer fallen wird, Berlin mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft zu versorgen. Es ist also die höchste Zeit, daß dem Massenstreik in Berlin ein Ende gemacht wird, denn Gesellschaft und Staat dürfen und können es nicht dulden, daß tatsächlich „alle Räder stillstehen“, wenn die Sozialdemokratie es will, auch nicht in den elektrischen Kraftzentralen. Hier, wo das Allgemeinwohl, das öffentliche Interesse in Frage gestellt wird durch den frechen Ansturm sozialdemokratischer Agitation, dürfen die Deber und Umstürzler ihr Werk nicht mit Erfolg gekrönt sehen: die Berliner Elektrizitätswerke müssen unter allen Umständen in Betrieb erhalten werden. Zu diesem Zweck sollte, natürlich nur, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind, die Staatsgewalt mit Entschiedenheit eingesetzt werden, wie auch in den Verkehrstrümpfen geeigneten Personal zur Verfügung steht, um den Betrieb der Werke im Notfall zu ermöglichen. Das darf nicht nur die zunächst betroffene Berliner Bevölkerung, sondern das ganze deutsche Volk von der Staatsgewalt erwarten. Nach der Jenaer Herausforderung ist das entschlossenste Auftreten aller beteiligten Faktoren gegen das rachsüchtige Treiben der Sozialdemokratie und ihrer Gefolgschaft geboten und ein Sieg der mächtigsten Umstürzler muß deshalb gerade jetzt auf jeden Fall verheißt werden. Es darf nicht erwartet werden, daß diesmal nicht eine falsche Sentimentalität von Sozialreformern und anderen „Arbeiterfreunden“ den frivolen Streikunternehmern den Rücken stützt und ihnen „Sympathien der öffentlichen Meinung“ vorgaukelt. Je entschiedener und rascher alle in Betracht kommenden Faktoren, Unternehmer, Staat und Bevölkerung, ohne alle Schwäche gegen die neueste gewerkschaftliche Machtprobe Stellung nehmen, desto eher wird sie beendet und desto weniger schlimm werden ihre Folgen sowohl für die elektrische Industrie als auch insonderheit für deren Arbeiter sein. Denn daß die Einigungsverhandlungen ein positives Ergebnis nicht haben werden, kann man jetzt schon voraussagen, so bedauerlich es auch ist. Ebensovienig wie der Berliner Gewerbeoberinspektor, Magistratsrat von Schulz, etwas hat erreichen können, wird dies dem Oberbürgermeister Richter selbst gelingen, wenn nicht geradezu Zeichen und Wunder geschehen. Die Parteien stehen sich schroff gegenüber, weil es sich hier nicht um einfache Lohnforderungen handelt, sondern im tiefsten Grunde um einen Machtkampf, bei dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre ganze gewaltige Solidarität einbringen werden, um den Sieg zu erringen. Die Streikführer geben selbst zu, daß die ursprünglichen Differenzen mit den Verkörperungen von untergeordneter Bedeutung waren. Bilden doch die von den Arbeitern verlangten Lohnzulagen nur einen geringen Bruchteil des Lohnausfalles, den gegenwärtig jeder Streiktag verursacht. Gerade darum aber hätten, wie die Arbeiter meinen, die Direktionen von Anfang an die Forderungen bewilligen müssen, anstatt Tausende von Familien durch die Strausfäherung weillos zu machen. Die angegriffenen Gesellschaften andererseits berufen sich auf die grundlegende Tendenz der Streikleitung, nämlich durch hartnäckig aufrechterhaltene Forderungen zunächst an einem einzelnen Punkte die Nachgiebigkeit der Direktionen zu erziehen, um alsdann schrittweise ihre Machtprobe fortzusetzen. Einen überzeugenden Beweis für das Vorhandensein dieses sozialistischen Hintergedankens erbilden die Gesellschaften in der glatten Ablehnung ihres Ultimatum, obgleich sie in der Lohnfrage nachgegeben hätten. Die Berechtigung solcher Auffassung wird vom „Vorwärts“ zugegeben, der auf die Frage: wie es möglich gewesen wäre, daß überwältigende Majoritäten für die Fortsetzung des Streiks stimmen konnten? — wie folgt antwortet:

„Die Erklärung ist die, daß es sich bei dem jetzigen Kampfe noch dem Gefühl der Arbeiter gar nicht mehr um ein paar Pfennige mehr oder weniger Lohn handelt, sondern daß sich unter der Arbeiterchaft die Reaktion geltend macht gegen das ganze System der Unterdrückung und Ausbeutung, das sich an den Namen des Rühnenmänner-Verbandes knüpft.“ Wenn das „ganzes System“ nicht paßt, dem wird freilich mit einzelnen materiellen Zugeständnissen — welcher Art dieselben auch sein mögen — nicht abgeholfen sein.

Wie der Streik in Berlin auch enden mag, er enthält eine einbringliche Lehre besonders für diejenigen Politiker, die sich über die Massenstreik-Resolutionen des Jenaer Parteitages mit dem leidigen Trost glauben hinwegsetzen zu können, daß die dort ausgesprochene Drohung lediglich ein parteipolitisches Mandat bedeutet. Der Berliner Massenstreik zeigt, wie aus kleinstem Anlaß lawinenartig eine riesenhafte Arbeiterbewegung sich entwickeln kann: wer will dafür bürgen, daß nach — was hoffentlich nicht eintreten wird — erfolgreicher Probe in Berlin der proletarisch-sozialdemokratische Wille zur Macht nicht früher, als man glauben mag, den Zeitpunkt für gekommen erachtet, den letzten Kampf des revolutionären Massenstreiks im gewaltigsten Umfang anzuspitzen? Darum Caveant consules! Noch ist es Zeit. . .

Neueste Drahtmeldungen vom 4. Oktober.

Der Ausstand in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) In allen Kraftstationen der Berliner Elektrizitätswerke ist der Betrieb im vollen Umfang im Gange. Das Angebot Arbeitswilliger übertrifft die Nachfrage. Heute früh erfolgte die Auszahlung wöchentlich Lohns, die ordnungsmäßig vor sich ging; doch beachtlichen, wie verläst, eine Anzahl Arbeiter, denen die Bezahlung nicht vollendetem Affordarbeiten verzögert wurde, Prozesse beim Gewerbegericht gegen die Gesellschaften einzuleiten. In Absicht kam es gestern zu streunellen, Schamannschaft machte die Menge zerstreuen. Die Meldung des „Vorwärts“, auf der Zentrale in Döberberg sei gestern eine Maschine von 3000 Pferdekraft von streikbrechenden Technikern in Brand gesetzt worden, ist falsch. Es hat sich kein Maschinendiebstahl ereignet, und der Betrieb ist im vollen Gange.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gleich die Vergleichsverhandlungen in dem Kampfe der Elektrizitäts-Arbeiter bisher ohne Erfolg geblieben sind, jetzt Magistratsrat von Schulz die Vermittlung vor, um zwischen den kämpfenden Parteien einen für beide Teile ehrenvollen Frieden zu stiften. Oberbürgermeister Richter lehnte persönlich ab, vermittelnd einzugreifen, hat jedoch Herrn v. Schulz ermahnt, ihn fortlaufend über den Stand der Dinge zu unterrichten. Der Ratler wird durch einen täglich eingehenden Bericht über die Streikbewegung auf dem laufenden erhalten.

Zur Choleraeinfuhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) Vom 3. bis 4. Oktober sind keine choleraerdrächtigen Erkrankungen oder Todesfälle an Cholera im preussischen Staat neu gemeldet worden. Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 261, von denen 89 tödlich verliefen.

Breslau. Die Eisenbahndirektion Rattowitz teilt mit: Ähnlich ist von der Erkrankung eines Reisenden unter choleraverdächtigen Umständen, der nach Zeitungsmitteilungen am 4. September aus einem Durchgangszug Berlin-Budapest in Döberberg wegen Choleraerdrächtigkeit entfernt wurde, nichts bekannt. Die Gerüchte sind wahrscheinlich dadurch entstanden, daß ein Passagier eines österreichischen Zuges am 29. September abends in Döberberg als choleraerdrächtigt in Beobachtung genommen, aber am nächsten Morgen als gesund entlassen wurde.

Die Ausschreitungen in Brünn.

Brünn. (Priv.-Tel.) Ebenso wie hier hauste der tschechische Pöbel auch in den nahen Vororten. Bei vielen Verhaftungen wurden Gegenstände gefunden, die die Plünderer mitgenommen hatten. Die Zahl der getrennt Schmerverletzten beträgt 10, der leichter Verletzten weit über 100. Die Gesamtzahl der in den letzten vier Tagen Verwundeten wird auf 600 geschätzt.

Wien. Abgeordnetenhause. Der Mann des Disziplinierungsausschusses berichtet, daß die Disziplinierungsausschüsse schließlich beigelegt worden sei. In der fortgesetzten Verhandlung über die Regierungserklärungen führt Ministerpräsident Freiherr v. Gautschi aus, er wolle die Ausschreitungen in Brünn durchaus nicht auf Rechnung der Parteien stellen, müsse jedoch konstatieren, daß ein Teil der Brünnener Bevölkerung sich durch gewissenlose Agitatoren, die sich in entscheidenden Momenten der Verantwortung zu entziehen wählten, fortgesetzt zu Aufhetzungen und Angriffen auf fremdes Eigentum hinreizen ließ, die selbstverständlich unter allen Umständen aufs schärfste zur Rechenschaft zu ziehen seien. Die eingehende Untersuchung werde völlig unparteiisch die Wahrheit feststellen und die Schuldigen der verdienten Strafe zuführen. Die unständigen Maßnahmen zur Behinderung weiterer Ausschreitungen in Brünn seien getroffen, doch sollten zunächst die bürgerlichen Freiheiten nicht eingeschränkt werden. Nötigenfalls werde die Sicherung jedoch auch zu außerordentlichen Maßnahmen schreiten. Der Ministerpräsident verweist die Regierung gegen den Vorwurf mangelnder Vorsicht und appelliert an die moralische Macht der Parteien, die allein die nationalen Leidenschaften einzudämmen vermöge und erklärt, die Regierung begegne dem ihr in der Nationalitätenfrage bei dergleichen Gelegenheiten gemachten Vorwurfe, die Schuld an den Ereignissen zu tragen, mit um so größerer Ruhe, als sie sich bewußt sei, allen Parteien gegenüber gleiches Recht walten zu lassen. Auf die selbstgegründete sachliche Auffassung der Regierung aber wurden die Argumente der Strahe in keiner Richtung und in keiner Weise Einfluß üben. (Beifall.) Während der Rede des Ministerpräsidenten entstand ein heftiger Wortwechsel zwischen Tschechisch-Nationalen und Deutsch-Nationalen.

Pfands sterilisierte Kindermilch Trocken-
Dresdner Molkeret Gebr. Pfand, Bautzner Str. 79/81